

Pressegespräch

## Gemeinden stärken statt Stillstand verwalten

Warum Oberösterreich bei freiwilligen  
Gemeindefusionen nicht länger auf Blockade  
und Ausweichen setzen darf

**Ihre Gesprächspartner:**

**Felix Eypeltauer** | NEOS OÖ-Landessprecher und Klubobmann im Oö. Landtag  
**Gertraud Auinger-Oberzaucher** | NEOS-Gemeindesprecherin, Abg. zum Nationalrat

Linz, 14. April 2026

**Rückfragen & Kontakt:**

Mag. Gernot Bogner | Leitung Presse & Kommunikation  
E. gernot.bogner@neos.eu | T. +43 676 83414629

## Oberösterreichs Gemeinden geraten immer stärker unter Druck

Immer mehr Kommunen können ihre Budgets nicht mehr aus eigener Kraft ausgleichen, Rücklagen werden aufgelöst, Investitionen verschoben und Handlungsspielräume enger. Das ist keine abstrakte Finanzdebatte, sondern eine konkrete Frage der **Lebensqualität der Menschen vor Ort**: ob Schwimmbäder geöffnet bleiben, Kindergärten ausgebaut und Schulen saniert werden, ob Straßen erhalten bleiben, ob Vereine Unterstützung bekommen und ob Gemeinden überhaupt noch gestalten können.

Der Oö. Landesrechnungshof beschreibt seit Jahren die strukturelle Schieflage. In seiner Initiativprüfung zu offenen Empfehlungen im Gemeindebereich hält er fest, dass Gemeindefusionen in Oberösterreich nach wie vor nicht ernsthaft und nicht nachhaltig angegangen werden. Seit 2019 gab es keine Fusionen mehr; konkrete Fusionsbestrebungen sind aktuell nicht bekannt. Gleichzeitig kritisiert der LRH, dass das bestehende Anreizsystem Kooperationen attraktiver macht als Fusionen und dadurch bestehende Strukturen eher konserviert als reformiert werden.

Für NEOS Oberösterreich ist klar: So kann es nicht weitergehen. Es braucht eine ehrliche Debatte über freiwillige Gemeindefusionen dort, wo sie sinnvoll sind, wo sie Leistungen verbessern und wo sie Gemeinden wieder handlungsfähiger machen. Es geht nicht um Zwang, nicht um das Auslöschen lokaler Identität und nicht um eine kalte Verwaltungsreform von oben. Es geht darum, dass Bürgerinnen und Bürger auch in Zukunft starke Gemeinden haben, auf die sie sich verlassen können.

## Gemeinden verlieren Spielraum – und die Menschen spüren es

Die Zahlen zeigen, dass sich die Lage in Oberösterreich zuspitzt. Im Jahr 2025 konnten bereits 202 Gemeinden ihr Budget nicht aus eigener Kraft ausgleichen, zu Jahresbeginn 2026 waren es bereits 228 „Härteausgleichsgemeinden“. Schätzungen zufolge könnte sich innerhalb des laufenden Jahres der Wert von aktuell der Hälfte auf zwei Drittel aller oberösterreichischen Gemeinden erhöhen. Parallel mussten 380 Kommunen für die Budgeterstellung 2025 auf Rücklagen in Höhe von insgesamt 180 Millionen Euro zurückgreifen.

Die Auswirkungen sind unmittelbar spürbar. In der Praxis werden Investitionen verschoben, Sanierungen hinausgezögert, freiwillige Leistungen reduziert und Entwicklungsmöglichkeiten

eingeschränkt. Das Ergebnis: Reduzierte Infrastruktur, aufgeschobene Investitionen in Kindergärten, Krabbelstuben und Volksschulen, teils sogar der Verkauf kommunalen „Familiensilbers“. Gemeinden werden dadurch von Gestaltern zu bloßen Verwaltern des Mangels. Auch außerhalb der parteipolitischen Debatte wird die Diagnose immer klarer. Der Städtebund spricht offen von einem Systemfehler statt von Misswirtschaft. Die Ursachen sind strukturell: steigende Pflichtausgaben, hohe Transferbelastungen, schwächere Ertragsanteile, sinkender eigener Spielraum und Strukturen, die vielerorts nicht mehr zu den Aufgaben von heute passen.

Hinzu kommt in Oberösterreich ein hausgemachtes Problem: Das Land betreibt Budgetkosmetik auf Kosten der Gemeinden. Während sich die Landesregierung auf vergleichsweise gute Budgetkennzahlen beruft, entzieht sie den Gemeinden über hohe Umlagen jedes Jahr mehr als 200 Millionen Euro. Damit wird der finanzielle Druck nach unten weitergereicht – und das Landesbudget zulasten jener Gemeinden stabilisiert, die gleichzeitig immer stärker in Schieflage geraten.

**Felix Eypeltauer:** *„Die Gemeindekrise in Oberösterreich ist längst im Alltag der Menschen angekommen. Wenn Gemeinden Rücklagen aufbrauchen, Investitionen verschieben und immer stärker in den Härteausgleich rutschen, dann leidet am Ende die Lebensqualität vor Ort. Unser Anspruch ist, dass Gemeinden wieder gestalten können – für ihre Bürgerinnen und Bürger, nicht nur für die nächste Budgetnot.“*

## Kein Tabu bei freiwilligen Gemeindefusionen

Die strukturelle Schieflage ist nicht nur ein oberösterreichisches, sondern ein österreichweites Problem. Österreich hat 2.092 Gemeinden – und damit in etwa gleich viele Gemeinden wie die neun EU-Länder Belgien, Bulgarien, Dänemark, Estland, Finnland, Irland, Lettland, Luxemburg und Malta zusammen. 404 österreichische Gemeinden haben weniger als 1.000 Einwohner, 71 davon entfallen auf Oberösterreich.

Gleichzeitig werden die Aufgaben für Gemeinden immer komplexer, personalintensiver und teurer. Analysen von WIFO und KDZ zeigen, dass Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern tendenziell höhere Pro-Kopf-Ausgaben haben als Gemeinden mittlerer Größe. Gerade dort schlagen fehlende Größenvorteile, geringe personelle Reserven und steigende Anforderungen besonders stark durch. Viele kleine Gemeinden stoßen daher bei Finanzierung, Organisation und professioneller Aufgabenwahrnehmung schneller an ihre Grenzen.

Daraus folgt für NEOS ein klarer Reformansatz: Es darf kein Tabu sein, über freiwillige Gemeindefusionen zu sprechen. Nicht, weil Größe ein Selbstzweck wäre, sondern weil Bürgerinnen und Bürger ein Recht auf gute, verlässliche Leistungen haben. Die Zusammenlegung von Gemeinden ist dann sinnvoll, wenn sie echte Vorteile bringt – professionellere Verwaltung, mehr Verlässlichkeit, bessere Dienstleistungen und größere finanzielle Spielräume für das Wesentliche.

Das Positivbeispiel Aigen-Schlägl zeigt, wie es funktionieren kann. Dort führten detaillierte Vorbereitung, starke Bürgerbeteiligung und ein klar strukturierter Prozess zu mehr Effizienz, weniger Bürokratie, höherer Leistungsqualität und rund 100.000 Euro Einsparung pro Jahr. Schlägl war vor der Zusammenlegung mit der Nachbargemeinde Aigen im Mühlkreis Härteausgleichsgemeinde – als fusionierte Gemeinde Aigen-Schlägl änderte sich das.

**Gertraud Auinger-Oberzaucher:** *„Für uns steht nicht eine Struktur auf dem Papier im Mittelpunkt, sondern der Nutzen für die Menschen. Wenn freiwillige Fusionen dazu beitragen, dass Kindergärten besser organisiert, Verfahren schneller, Verwaltung professioneller und Gemeinden wieder handlungsfähiger werden, dann ist das kein Verlust an Selbständigkeit, sondern ein Gewinn an Stärke.“*

## Der Landesrechnungshof ist klar – Schwarz-blau nicht

Der Oö. Landesrechnungshof bestätigt die NEOS-Forderungen mit seinen Empfehlungen klar: Im Zuge einer Initiativprüfung vom Jänner 2025 empfahl er dem Land ausdrücklich, den Gemeinden den Nutzen von Zusammenlegungen im Vergleich zu bloßen Kooperationen konkreter näherzubringen und durch Bewusstseinsbildung unbegründete Ängste abzubauen. Doch genau diese Empfehlung wurde politisch nicht weitergetragen. In der Folgeprüfung 2026 wurde deutlich, dass die Empfehlung, freiwillige Fusionen stärker zu erklären und zu forcieren, nicht beschlossen wurde und vom LRH nicht nachgeprüft werden konnte.

Das ist der eigentliche Kern: Schwarz-Blau nimmt punktuelle Korrekturen vor, drückt sich aber vor der offenen Strukturdebatte. Die Landesregierung will Fusionen offenbar nicht ermöglichen, sondern lieber vermeiden. Kooperationen werden politisch bevorzugt, Fusionen bleiben außen vor. Gleichzeitig kaschiert das Land seine eigene Budgetschieflage, indem es den finanziellen Druck über hohe Umlagen an die Gemeinden weitergibt.

Der Direktor des Oö. Landesrechnungshofes untermauert die NEOS-Linie und argumentiert, dass Fusionen oft unkomplizierter seien als Kooperationen. Tatsächlich brächten

Kooperationen oft eine hohe vertragliche und organisatorische Komplexität mit sich; Fusionen lösten zwar akute Finanznöte nicht sofort, könnten aber mittelfristig Einsparungen und bessere Servicequalität bringen.

**Felix Eypeltauer:** *„Schwarz-Blau lässt sinnvolle Gemeindezusammenlegungen seit Jahren außen vor und ignoriert beharrlich die Empfehlungen des Landesrechnungshofs. Das ist eine politische Entscheidung für den Stillstand – und gegen jene Reformen, die Bürgerinnen und Bürgern bessere Leistungen und Gemeinden wieder mehr Stärke bringen würden.“*

## Kooperationen sind nicht automatisch der bessere Weg

Die von der schwarz-blauen Landesregierung forcierten Gemeindekooperationen sind häufig nur auf den ersten Blick sinnvoll – wenn sie Bürgerinnen und Bürgern wie auch den Gemeinden echten Mehrwert bringen. Genau daran fehlt es oft. Kooperationen erfordern häufig neue Konstruktionen, neue Verträge, neue Verbände, zusätzliche Gremien und laufende Abstimmung. Mehrere Studien verweisen auf die Gefahr zusätzlicher Strukturen, langwieriger Entscheidungsprozesse und einer administrativen Aufblähung.

Für Bürgerinnen und Bürger ist die entscheidende Frage daher nicht, ob irgendwo „kooperiert“ wird, sondern ob am Ende bessere Leistungen, klarere Zuständigkeiten und weniger Bürokratie herauskommen. Wo das nicht der Fall ist, werden Kooperationen zum politischen Ausweichmanöver.

**Felix Eypeltauer:** *„Kooperationen sind nicht automatisch die bessere Lösung. Wenn am Ende zusätzliche Gremien, zusätzlicher Verwaltungsaufwand und neue Parallelstrukturen entstehen, dann profitieren nicht die Menschen, sondern nur das politische System. Was Bürgerinnen und Bürger brauchen, sind klare Strukturen, gute Leistungen und Gemeinden, die wieder gestalten können.“*

## Oberösterreich braucht Mut zur Reform – und ein Ende des Bittsteller-Systems

Freiwillige Gemeindefusionen sind nur ein Teil der Lösung. Es braucht zugleich eine neue Gemeindefinanzierung, die Gemeinden nicht zu Bittstellern macht, sondern ihnen klare Verantwortung, planbare Einnahmen und echte Gestaltungsspielräume gibt. Für NEOS steht

daher fest: Eine Ebene soll entscheiden, finanzieren und vollziehen, Parallelstrukturen und Kompetenzwirrwarr müssen abgebaut werden. Gemeinden brauchen planbare eigene Einnahmequellen, mehr Aufgabenorientierung im Finanzausgleich und mehr Autonomie.

**Felix Eypeltauer:** „Unser Ziel ist nicht die Debatte um ihrer selbst willen. Unser Ziel ist, dass Gemeinden wieder stark genug sind, für die Menschen gute Leistungen zu erbringen, zu investieren und Zukunft zu gestalten. Dafür braucht es in Oberösterreich mehr Mut zu freiwilligen Fusionen und weniger Angst vor echter Strukturreform.“

**Gertraud Auinger-Oberzaucher:** „Wir wollen keine Gemeinden, die ständig um Mittel bitten müssen und Jahr für Jahr weniger Spielraum haben. Wir wollen Gemeinden, die für ihre Bürgerinnen und Bürger stark, modern und handlungsfähig sind. Genau darum führen wir diese Debatte – offen, freiwillig und mit dem klaren Blick darauf, was den Menschen vor Ort wirklich hilft.“

## NEOS-Vorschläge für finanziell stärkere Gemeinden

### 1. Ehrliche Aufklärung über freiwillige Gemeindefusionen

Das Land soll Gemeinden den Nutzen möglicher Fusionen aktiv näherbringen und diese Debatte nicht länger verdrängen.

### 2. Keine einseitige Bevorzugung von Kooperationen

Kooperationen nur dort forcieren, wo sie echten Mehrwert bringen – nicht als politischer Ersatz für echte Strukturreformen.

### 3. Transparente Analyse von Strukturpotenzialen

Das Land soll Fusionspotenziale nicht länger aussitzen, sondern offen prüfen und seriös diskutieren.

### 4. Neue Gemeindefinanzierung statt Bittsteller-System

Mehr Aufgabenorientierung im Finanzausgleich, mehr Gemeindeautonomie, planbare eigene Einnahmen und klare Zuständigkeiten.

### 5. Starke Gemeinden für starke Leistungen

Am Ende geht es nicht um Verwaltungslogik, sondern um bessere Leistungen, verlässliche Infrastruktur und mehr Lebensqualität für die Menschen vor Ort.